

Als Mitglied in der Mitgliederversammlung der hbs habe auch ich der Gründung des Gunda-Werner-Institutes zugestimmt, wenn auch mit gemischten Gefühlen.

Zum einen erhoffe ich mir tatsächlich, dass sich das Institut mit dem neuen Namen - wie in der Einladung für den 15. Juni 2007 angekündigt - trotz der Veränderung treu bleibt, sprich Feminismus aber auch die Männerpolitik im Blick behält und das nicht nur als Analysekategorie.

Zum anderen meine ich, dass so schon institutionell vereinfacht neue Begegnungsorte geschaffen werden können auf dem Weg hin zu tatsächlicher Geschlechterdemokratie, dem Leitgedanken des GWI, beispielsweise unter der Überschrift: Ladies Lunch trifft Forum Männer. In diesem Sinne kann die gewünschte Symbiose ein Gewinn für Frauen wie Männer sein oder werden.

Nichts desto trotz halte ich es für ausgesprochen wichtig, diese etablierten Veranstaltungsformen – explizit für Frauen bzw. Männer - auch als solche beizubehalten, da sie Freiraum ermöglichen, um unter Frauen bzw. Männern gezielt und dennoch anders miteinander ins Gespräch zu kommen.

Gewünscht hätte ich mir die Festschreibung, die auch vom Frauenrat der Heinrich-Böll-Stiftung beantragt wurde, dass an der Spitze des neuen Instituts RepräsentantInnen beider Bereiche stehen, die nunmehr unter einem Dach agieren- sprich dass garantiert ist, immer mindestens auch eine Frau diesem Institut voranzustellen. Die jetzige Formulierung lässt dies offen und die Frage bleibt, ob es wohl tatsächlich ein common sense war und bleibt, dass an der Spitze des GWI der Selbstvertretungsanspruch der Frauen gewährleistet bleibt, den ich nach wie vor für richtig und wichtig gleichermaßen halte.

Feminismus und eigenständige Männerpolitik werden demzufolge keineswegs überflüssig – genau da läge meine Sorge, wenn mann/frau meint, dies mit der Gründung des GWI zu erreichen.

Feminismus war und ist eine Grundlage für die radikale Auseinandersetzung mit der Zuschreibung tradierter Rollenbilder, die auch heute noch salonfähig in bestimmten Kreisen ist, bzw. gerade wieder wird – siehe die aktuelle Diskussion um eine „Herdprämie“ (Betreuungsgeld).

Geschlechtergerechtigkeit bleibt die Zielvorgabe und betrachtet man diese genauer, muss es immer wieder darum gehen, Macht und Hierarchie auch und gerade mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse zu thematisieren.

Wenn es nun Dank der neuen engeren Zusammenarbeit unter einem Dach gelingt, einen grundsätzlich hierarchiekritischen Blick zu entwickeln, der geschlechterdemokratisch unterfüttert ist, könnte dies ein Schritt hin zu tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit sein, der das Wesentliche nicht aus dem Blick verliert.

Ein wichtiges Anliegen sollte zudem darin bestehen, die im Feminismus wie auch in der Männerpolitik immer wieder durchleuchteten Theorien zu operationalisieren. Dies bedeutet, dass sowohl in der Frauen- als auch in der Männerpolitik konkrete Instrumente entwickelt werden müssen, durch die Geschlechtergerechtigkeit dauerhaft gesamtgesellschaftlich verankert werden kann. Gender-Mainstreaming, wie es sich in den letzten Jahren entwickelt hat, ist hierfür sicherlich der richtige Weg.

Frauenpolitik und Feminismus sind immer wieder auch dadurch besonders aufgefallen und diskutiert worden, dass sie zugespitzt und provoziert haben. Und selbstverständlich war und ist Frauenpolitik – Männerpolitik gewiss auch auf ihre Weise – Klientelpolitik und hat da auch ihre Notwendigkeit und Berechtigung.

Diese Zuspitzung habe ich allerdings in der Männerpolitik bislang kaum wahrgenommen - vielleicht kann hier letztere von den Frauen lernen und können beide wieder mit mehr Mut und Offensivität nach Außen treten. Trotz alledem muss Männerpolitik eigene Wege gehen und darf sich nicht in Konkurrenz zur etablierten Frauenpolitik verorten.

Folgende Themen sollten m. E. besondere Berücksichtigung finden:

- die eigenständige Existenzsicherung inklusive der Zukunft der sozialen Sicherung insgesamt – immer mit Blick auf die spezifischen Auswirkungen auf Frauen und Männer
- die Rolle der Geschlechter in Krisensituationen und Krisenregionen – wie beispielsweise bei der Umsetzung der UN-Resolution 1325 aber auch bei der aktuellen Debatte rund um die möglicherweise anstehende Verlängerung des ISAF-Mandates in Afghanistan
- das Spannungsfeld von Familienpolitik – Frauenpolitik – Männerpolitik, um auch hier in der aktuellen Debatte die Ansätze und Geschlechterdemokratie in diesen Fragen zu hinterfragen und ggf. Antworten zu entwickeln.

Last but not least:

Dem GWI sollte es zudem künftig darum gehen, Frauen wie Männer zu empowern und zu ermutigen, die Basis für Geschlechterpolitik zu verbreitern – beispielsweise mittels fachpolitischer Themen, die Frauen und Männer zwar unterschiedlich ansprechen aber beide bewegen.

**Astrid Rothe-Beinlich**  
**Frauenpolitische Sprecherin**  
**Bundesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**